

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Social Media Kanäle der Bezirksvorstehung – Löschen von SPÖ-Beiträgen

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die Frau Bezirksvorsteherin wird gebeten einzuleiten, dass folgende Beiträge auf den offiziellen Social-Media-Kanälen der Bezirksvorsteherin gelöscht werden:

- 6. Juni 2023 – Gratulation Andreas Babler zur Wahl als neuer SPÖ Bundesparteivorsitzender
- 12. Februar 2023 – SPÖ Kranzniederlegung
- 26. Juni 2021 – 45. Ordentlicher Bundesparteitag der SPÖ
- 19. Mai 2021 – Wahlwerbbugn VSStÖ
- 24. Juli 2021 – Werbung Rote Falken Penzing
- 23. August 2021 – Einladung zur Demonstration der SPÖ, Grünen, LINKS, Junge Generation, Rote Falken, SoHo SPÖ, VSStÖ, aks und SJ

Begründung:

In Antwort auf die Anfrage der Wiener Volkspartei (BV 796250/23) bestätigte Bezirksvorsteherin Michaela Schüchner, dass auf den von der Bezirksvorstehung betreuten Facebook- und Instagram-Kanälen parteipolitische Beiträge veröffentlicht wurden, welche die SPÖ teils direkt, teils indirekt bewerben. Zudem verweist der Instagram-Account der Bezirksvorsteherin über den Linktree weiterhin auf die Seite der SPÖ Penzing.

Die Wiener Volkspartei

Penzing

In den letzten Tagen kritisierte auch der Rechnungshof eine „Vermischung der Spähren von Regierungs- und Parteiarbeit“ auf den Social Media Accounts von Regierungspolitikern – unter anderem „DerStandard“ und „Profil“ haben darüber berichtet. Aus Sicht des Rechnungshofes könnte dies auch in rechtlicher Hinsicht "problematisch" werden, heißt es in dem Bericht wörtlich. Konkret "könnte eine unzulässige Spende nach dem Parteiengesetz vorliegen".

In Wien ist diese schiefe Optik nichts Neues und auch kein Einzelfall. 2015 schalteten die NEOS den Rechnungshof und die Korruptions-Staatsanwaltschaft wegen eines ähnlichen Vorfalls in der Donaustadt ein.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150904_OTSO146/spoe-inserate-sind-fall-fuer-korruptions-staatsanwalt).



SPÖ-Inserate sind Fall für Korruptions-Staatsanwalt

NEOS schaltet auch Rechnungshof ein

Wien (OTS) - "Wie ungeniert sich die SPÖ am Steuertopf bedient um ihre Selbstbeweihräucherung zu finanzieren, zeigt ein neues Beispiel aus der Donaustädter Bezirkszeitung: Zwei zum Verwechseln ähnliche Inserate des Bezirksvorstehers Ernst Nevriy legen den Verdacht nahe, dass hier öffentliche Gelder für Parteiwerbung verwendet wurden. NEOS hat daher eine Sachverhaltsdarstellung bei der Korruptions-Staatsanwaltschaft und beim Rechnungshof eingebracht", berichtet Beate Meinel-Reisinger, NEOS-Spitzenkandidatin.

Statt den möglichen Missstand zu beheben, die betreffenden Beiträge zu entfernen und Verlinkungen zur SPÖ zu löschen, wurde lediglich versprochen, künftig der Opposition keine Reichweiteninformationen (Insights) der Kanäle mehr bereitzustellen. Die Wiener Volkspartei hofft, dass es sich bei dieser Reaktion auf die Anfrage lediglich um ein Missverständnis handelt und erwartet entsprechende Maßnahmen seitens der Bezirksvorsteherin und Bezirksvorstehung.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Mag. Markus Keschmann
Klubobmann

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin